

Abg. Hartmann führte zu dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion aus, dass es infolge der Entscheidungen des Regionalrates über die Priorisierungen verschiedener Maßnahmen im IGVP möglich sei, weitere Projekte in die Planung einzubeziehen. Dafür biete sich die L 190 Ortsumgehung Bornheim-Sechtem an. Diese Forderung sei auch von dem Rat der Stadt Bornheim vor dem Hintergrund eines zunehmenden Verkehrsaufkommens erhoben worden. Es sei sinnvoll, die L 190 als Maßnahme der Stufe 2 vorzuschlagen. Er bitte die übrigen Kreistagsfraktionen, den Antrag zu unterstützen, um noch vor der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses des Landtages, die bereits am 27.04.2006 stattfinde, zu verdeutlichen, dass die beantragte Höherstufung in den IGVP dringend notwendig sei. Die Anzahl der Einwohner in diesem Bereich hätte sich innerhalb von 15 Jahren nahezu verdoppelt. Ferner würden sich viele Baugebiete in unmittelbarer Nähe zur L 190 befinden.

Abg. Heuel erläuterte, dass die CDU-Kreistagsfraktion das Anliegen grundsätzlich unterstütze. Problematisch sei, dass das Verfahren der Integrierten Gesamtverkehrsplanung nahezu abgeschlossen sei, da die Vorlagen bereits den Mitgliedern des Verkehrsausschusses des Landtages vorlägen. Er habe erfahren, dass Abg. Tüttenberg das Anliegen unterstütze und im Verkehrsausschuss des Landtages vorantreiben wolle. Andererseits habe sich Abg. Tüttenberg als Person gezeigt, die sich als Ersatz für die in Windeck-Schladern entfallenen Maßnahmen, die sich auf einen Umfang von ca. 12,7 Mio. Euro belaufen, ein Vorhaben zwischen Niederkassel und Spich wünsche, gleichzeitig jedoch als Gegner einer wichtigen Straßenbaumaßnahme im linksrheinischen Teil des Rhein-Sieg-Kreises, in Flerzheim-Nord, auftrete. Ob er der richtige Anwalt für die Interessen des linksrheinischen Gebietes des Rhein-Sieg-Kreises sei, müsse man dahingestellt lassen. Dennoch unterstütze die CDU-Kreistagsfraktion den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion. Er habe bereits in seiner Funktion als Vorsitzender der Verkehrskommission im Regionalrat die Bezirksregierung gebeten, die Aufnahme der L 190 für die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Verkehrskommission vorzusehen. Die CDU-Kreistagsfraktion verzichte heute darauf, auf den formalen Weg zu verweisen, indem man vorschläge, die Thematik in der nächsten Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses des Rhein-Sieg-Kreises und des Verkehrsausschusses des Landtags zu beraten, die beide erst im Mai 2006 tagen. Ob die Aufnahme der L 190 in die Stufe 2 des IGVP durch die Herausnahme der L 333 finanziell kompensiert werden könne, sei fraglich. Man sollte jedoch gemeinsam versuchen, das Ziel zu erreichen.

Abg. Tüttenberg entgegnete, dass die L 333 lediglich der Stufe 2 zugeordnet sei. Sie sei jedoch nicht aus dem IGVP herausgenommen worden. Diese Zuordnung blockiere Mittel in Höhe von rd. 12 Mio. Euro und damit gleichzeitig andere kleine Projekte, die selbst dann realisiert werden könnten, wenn ein Teil des Vorhabens L 333 in Windeck umgesetzt werde. Im Übrigen seien zwischen der Gemeinde Windeck und der Landesregierung für die Umsetzung der geplanten Maßnahme bereits Gespräche geführt worden. Im Hinblick auf die am 27.04.2006 terminierte Sitzung des Verkehrsausschusses des Landtages sei es wichtig, dass der Rhein-Sieg-Kreis entscheide, welche geeigneten Projekte, für die die SPD-Kreistagsfraktion zutreffende und überzeugende Argumente geliefert habe, nachrücken oder ob Vorschläge anderer Regionen bei der Aufnahme in den IGVP zum Zuge kommen sollten. Die SPD-Kreistagsfraktion habe daher im Sinne des Rhein-Sieg-Kreises das sinnvolle Projekt „Höherstufung der L 190 von der Stufe 5 auf Stufe 2“ benannt.

Abg. Scharnhorst bekräftigte den Hinweis des Abg. Tüttenberg, wonach es sich nicht um einen Wegfall der Maßnahme L 333 handele, sondern lediglich um eine Reduzierung der ursprünglich geplanten Maßnahmen.

Abg. Heuel ergänzte, dass den dem Regionalrat vorliegenden Unterlagen zu entnehmen sei, dass das Vorhaben L 333 entfallen solle, da es offensichtlich von der Gemeinde Windeck nicht gewünscht sei. Die für die Region Rhein-Sieg im IGVP der Stufe 2 zugeordneten Maßnahmen seien nach seiner Auffassung deutlich überzeichnet worden. Niemand erwarte, dass diese Maßnahmen vollständig umgesetzt würden. Zu berücksichtigen sei, dass innerhalb der Stufe 2 nach weiteren Abstufungen differenziert werde: Maßnahmen, die innerhalb von 10 Jahren realisiert werden sollen und solche mit \*, die bis zur Baureife durchgeplant werden könnten. Ungeachtet dieser Diskussion wolle die CDU-Kreistagsfraktion die beantragte Entscheidung unterstützen und die Verwaltung bitten, die betreffenden Ansprechpartner kurzfristig über die heutige Entscheidung des Kreisausschusses zu

informieren. Er sei der Auffassung, dass der Regionalrat und die Verkehrskommission mit eingebunden werden sollten. Damit werde gleichzeitig ein Signal an den Landtag gerichtet.

Abg. Scharnhorst erläuterte, dass er den von Abg. Heuel beschriebenen Beratungsverlauf nicht nachvollziehen könne. Festzuhalten sei, dass aufgrund der vor Ort geführten Gespräche kleinere Projekte der L 333 durchgeführt werden sollen.

Abg. Hartmann begrüßte das heutige Einvernehmen der Kreistagsfraktionen, dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zuzustimmen. Die Entscheidung werde sicher auch auf Zustimmung und Unterstützung der betroffenen Bevölkerung stoßen.

Der Landrat stellte unter Bezug auf den Vortrag des Abg. Heuel fest, dass dieses Einvernehmen offensichtlich aber noch nicht zu der Maßnahme in Rheinbach-Flerzheim vorliege. Es sei allerdings konsequent, dieses Projekt in die heutige Entscheidung mit aufzunehmen, da der Rhein-Sieg-Kreis die Interessen aller kreisangehörigen Städte und Gemeinden vertrete.

Abg. Tüttenberg entgegnete, dass ungeachtet der bis heute vorliegenden Beschlüsse des Regionalrates ein weiteres Projekt im Raum stünde, welches erst zu einem späteren Zeitpunkt relevant geworden sei. Er stelle in Frage, ob man die hierzu geführte Diskussion nochmals rekapitulieren solle.

Abg. Heuel bemerkte, dass er bei der von ihm heute dargelegten Haltung der CDU-Kreistagsfraktion erwartet habe, dass Abg. Tüttenberg sich nicht vehement gegen die im Regionalausschuss und im Verkehrsausschuss gefassten Beschlüsse stelle. Sein Appell sei berechtigt und ein Signal der guten Zusammenarbeit im Rhein-Sieg-Kreis.

Abg. Tüttenberg erachtete die Bewertung des Abg. Heuel für infam, da sich diese gegen die Interessen eines anderen Teiles des Rhein-Sieg-Kreises richte. Dies sei bewusst unterschlagen worden. Die von Abg. Heuel erwähnten Beschlüsse seien, unterstützt von der CDU, gezielt gegen die Interessen der Stadt Niederkassel gefasst worden. Abg. Heuel habe die heute dargestellte Vorgehensweise nicht im Regionalrat angestrebt. Es seien Interessenskollisionen festzustellen; daher müsse man sich für die eine oder andere Priorität entscheiden. Man dürfe aber nicht die ehrbaren Gründe derjenigen, die sich für ein anderes Projekt des Rhein-Sieg-Kreises einsetzen, das auch auf Akzeptanz der dortigen CDU-Fraktion, die im Übrigen die Mehrheit bilde, stoße, destruktiv einsetzen. Dies sei ein schlechter Stil.

Abg. Heuel erklärte, dass für das Gebiet Niederkassel/Spich eine Baumaßnahme als Ersatz zu der Abstufung der Maßnahme L 333 in Windeck aufgenommen worden sei, die voraussichtlich Kosten i.H.v. rd. 7 Mio Euro verursache, nachdem festgestanden habe, dass die Maßnahme in Windeck nicht realisiert werde. Im Anschluss an den Beschluss des Regionalrates, wonach anstelle der Nordumgehung in Rheinbach-Flerzheim (Kostenaufwand ca. 3,4 Mio Euro), die ermöglicht hätte, dass die Ortschaft nicht mehr durch den Lastwagenverkehr beeinträchtigt würde, habe Abg. Tüttenberg die Tieflegung eines Bahnübergangs unter einer kleinen Bahn, die 4x täglich verkehre, vorgeschlagen. Der Landesbetrieb Straßenbau NRW und das Verkehrsministerium hätten diese Maßnahme nicht für wirtschaftlich erachtet. Diese Wertung sei bei den Mitgliedern des Rates der Stadt Niederkassel auf Verständnis gestoßen. Der Vorgehensweise des Abg. Tüttenberg liege reines Eigeninteresse zu Grunde. Er appelliere nochmals an ihn, in dieser Hinsicht mehr Solidarität für das Gebiet des linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreises zu zeigen.

Abg. Tüttenberg erläuterte, dass der Landrat eine Diskussion mit ausgelöst habe, die nicht im Kreisausschuss, sondern in verkehrspolitischen Gremien zu führen sei. Er sei entsetzt, wie schlecht die fundierte Argumentation der Stadt Niederkassel wiedergegeben werde. Es sei so dargestellt worden, als wolle die Stadt mehrere Mio Euro verplempern. Grundlage sei hingegen ein fundierter und durch Verkehrsuntersuchungen untermauerter Standpunkt einer Stadt, die mehrere Knotenpunkte von Landesstraßen auf ihrem Gebiet ausweise und die für das prognostizierte Verkehrsaufkommen eine Lösung anstrebe. Es handle sich um einen Kreuzungsbereich von 2 Landesstraßen, die ein Gewerbegebiet in Mondorf und ein neues wachsendes Neubaugebiet in Troisdorf anbinden müsse. Der Landesbetrieb Straßenbau habe dargelegt, dass man diese Entwicklung nur durch eine Kreisverkehrslösung sinnvoll

umsetzen und gestalten könne, wobei eine Tieferlegung des erwähnten Bahnübergangs nicht zu umgehen sei. In der Verkehrskommission, dessen Vorsitzender Abg. Heuel sei, habe er gefragt, ob man auf diese Tieflage verzichten könne. Hierauf sei geantwortet worden, dass dann auf eine Ampelkreuzung zurückgegriffen werden müsse. Bei der vorliegenden Verkehrsprognose könne man sich die Konsequenzen einer Ampelkreuzung vorstellen. Wenn man dies wisse, dann sei der Bau eines Kreisverkehrs unter Einsatz erheblicher finanzieller Mittel eine nicht durchdachte Entscheidung.

Abg. Hartmann erinnerte an das zum vorliegenden Antrag der SPD-Kreistagsfraktion geäußerte Einvernehmen und bat den Landrat, den Antrag zur Abstimmung zu stellen und das Anliegen an alle betroffenen Stellen kurzfristig weiterzuleiten.

Der Landrat stellte sodann den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.04.2006 zur Abstimmung.

B.-Nr. **Der Kreisausschuss stimmt dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.04.2006**  
**176/06 (Anlage 1 zur Niederschrift) zu.**

Abst.- **einstimmig**  
Erg.: